

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 135 (1969)

**Heft:** 3

**Artikel:** Militärpolitische und völkerrechtliche Aspekte der militärischen Besetzung der CSSR

**Autor:** Csizmas, Michael

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-45221>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 20.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

den Faktoren gegenüber, komme ich zu folgenden Feststellungen und Forderungen im Sinne einer abschließenden Zusammenfassung:

9.1 Die Mehrzahl der Artilleriefeuer muß als räumlich präzises, zeitlich genau auf die Handlungen der die Abwehr führenden Kampftruppen abgestimmtes oder die Bewegungen des Gegners berücksichtigendes Feuer geschossen werden. Die dadurch bedingten Detailplanungen und Absprachen können nur im Rahmen einer frühzeitigen, engen Zusammenarbeit zwischen Artillerie und den Kommandanten unterer Kommandostufen verwirklicht werden. Pro Kampfgruppe sollten als Regel in erster zeitlicher Priorität mindestens eine Artillerieabteilung zur direkten Unterstützung (DU) zugewiesen werden. Schweregewichte können infolge der kleinen Anzahl verfügbarer Feuereinheiten nicht durch in der Hand der Heereseinheit zurückzubehaltende Allgemeinunterstützungsabteilungen (AU), sondern nur durch die temporäre Zuweisung von mehreren als DU bezeichneten Artillerieabteilungen an *einen* Abschnittskommandanten gesucht werden. Die Begriffsbestimmungen müßten dahin revidiert werden, daß die Ausscheidungen von artreiner AU-Artillerie als Ausnahme betrachtet werden muß.

9.2 Die Forderung nach wendiger Feuerleitung und Auslösung innert kürzester Zeit fordert das Prinzip im Rahmen der für den Artillerieeinsatz auszuführenden Vorbereitungen. In kürzester Zeit eine weniger große Dichte von explodierenden Granaten einer Batterie oder Abteilung im Ziel zu haben ist bei den zu erwartenden Aufträgen in vielen Fällen entscheidender, als mit vielen Geschützen mehrerer Abteilungen einen Gegner nach längerdauernden Vorbereitungen zu bekämpfen, welcher nach kurzer Zeit entweder nicht mehr am vorgesehenen Zielort ist oder den Charakter eines lohnenden Artilleriezieles verloren hat. Die Regelung der Feuerkompetenzen und das Übermittlungsnetz der Artillerie müßten diesen Prioritäten angepaßt werden.

9.3 Die artilleristischen Schweregewichte werden gebildet, indem durch frühzeitige Delegation von mehreren Feuereinheiten

einem Kampftruppenkommandanten der Regiments- oder Bataillonsstufe die Möglichkeit gegeben wird, in seinem Abschnitt mehrere Unterstellte zu unterstützen oder verschiedene Artillerieziele gleichzeitig zu bekämpfen. Die heutige Praktiken der Kommando- und Übermittlungsorganisationen der Artillerie berücksichtigen diese Forderungen zu wenig. Diese sollten nicht in erster Dringlichkeit auf die Bedürfnisse der zentralen Führung abgestimmt werden. Eine Schweregewichtsbildung durch die Feuerzusammenfassung von mehreren Abteilungen kommt im modernen Kampfbild auch nur in den wenigen Fällen eines sogenannten lohnenden «weichen» Artilleriezieles zur Anwendung. Man kann sich fragen, ob für diese besondere Aufgabe der Schweregewichtsartillerie nicht andere Artilleriewaffen, zum Beispiel Mehrfachraketenwerfer, das geeigneteren Mittel wären.

9.4 Angesichts der großen räumlichen Ausdehnung und Parzellierung der Abwehrräume, wobei der gegenseitige Zusammenhang der einzelnen Stützpunkte verloren gehen kann, wird der Bedarf an Artillerieschießkommandanten ein Mehrfaches des Verfügbaren werden. Jeder Offizier der Kampftruppen wird durch eine zusätzlich anzustrebende Ausbildung und die Sicherstellung der Verbindungen zu den Feuerleitstellen in die Lage versetzt werden müssen, Artilleriefeuer abzurufen, zu beobachten und zu korrigieren. Die Übermittlungsorganisation wird dabei das schwierigere der zu lösenden Probleme sein.

9.5 Um im Kampfe gegen mechanisierte Truppen unserer Panzerabwehr annähernd sichere Erfolgschancen zu geben, wird man an die Artillerie immer wieder die Forderung stellen, das Gefechtsfeld dadurch zu isolieren, daß mit Blend- oder Vernebelungsgeschossen die sogenannten Unterstützungspanzer von den angreifenden Kampfwagen getrennt werden.

Die vorgesehene Erhöhung der Zuteilung von Rauchbrandgranaten wird den Erfolg des Artillerieeinsatzes in diesen Gefechtsphasen begünstigen. Eine vermehrte Zuteilung von Nebelmunition, wie sie angeordnet wurde, drängte sich daher auf.

## Militärpolitische und völkerrechtliche Aspekte der militärischen Besetzung der CSSR

Von Dr. Michael Csizmas, Bern

### Die Verstimmung unter den Verbündeten

Der außerordentlich heftige politische Umschwung, der die Tschechoslowakei in den Frühlingstagen des Jahres 1968 erfaßte, betraf in erster Linie die Innenpolitik. Die Vertreter des Reformkurses betonten unentwegt, daß die Außenpolitik, die Stärke des Bündnisses mit anderen sozialistischen Staaten, aufrechterhalten bleibe. «Rude Pravo», das Organ der Partei, hat immer wieder beteuert, die innenpolitische Diskussion bedeute keine Schwächung des Warschauer Paktes: «Die CSSR wird auch in Zukunft ein wirkungsvolles Glied dieses Verteidigungsbündnisses bleiben, und sie hat nicht die Absicht, an diesem ihrem Standpunkt irgend etwas zu ändern.» Das finnische Beispiel, das schon in den Diskussionen aufgetaucht ist, sei hier unangebracht, betonte die Parteizeitung. «Unserer jungen Generation, die sehr scharf denkt, ist es klar, daß die Tschechoslowakei an einem anderen Breitengrad liegt<sup>1</sup>...»

<sup>1</sup> «Rude Pravo», Prag, 9. Februar 1968.



Bild 1. Dialog unter lebensgefährlichen Umständen mit Besetzungs- truppen.

Die ersten Anzeichen der Erregung in den höchsten Parteikreisen der orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten sind anlässlich des Besuches der sowjetischen Führer in Warschau vom 12. bis 14. Januar 1968 offensichtlich geworden. Manche führende Funktionäre sahen in den Prager Ereignissen «einen gefährlichen Präzedenzfall». Um die Besorgnisse der verbündeten Staaten zu zerstreuen, beschwore Dubcek am 22. Februar am Gipfeltreffen zu Prag im Hradtschin die Freundschaft der CSSR zur UdSSR und besonders zur DDR und beteuerte, die CSSR denke nicht im entferntesten daran, aus dem sozialistischen Lager auszuscheren oder den sozialistischen Prinzipien untreu zu werden. Trotz allen Treuekundgebungen der Prager Reformer nahm die Drohung von außen zu. Dies bestätigte auch der Direktor des tschechoslowakischen Fernsehens, Georg Pelikan, in einem Interview mit «Le Monde», das am 5. März veröffentlicht wurde: «Unser kleines Land hat eine wichtige strategische Lage, und es ist klar, daß Druck von innen wie von außen ausgeübt werden wird ... Es bleiben einige konservative und dogmatische Elemente innerhalb und außerhalb der Partei. Darum wird es zu Konflikten und Waffengängen kommen ...»

Am 23. März saß in Dresden der tschechoslowakische Parteichef bereits vor seinen Genossen auf der Anklagebank. Die Konferenz trat wohl auf dringendes Ersuchen Ulbrichts zusammen. Mit Ausnahme von Rumänien waren alle anderen Warschauer-Pakt-Länder mit ihren führenden Funktionären vertreten. Dieses Treffen wurde so überstürzt angesetzt, daß man nicht einmal die Rückkehr des bulgarischen Partei- und Regierungschefs aus der Türkei abwartete, sondern ohne ihn tagte. In Dresden forderten die Ostblockführer praktisch Rechenschaft von Dubcek, ob der weitere Fortschritt der Demokratisierung seine Bündnistreue gefährde. Laut «Informationsmitteilung» ist es Dubcek gelungen, die Mehrheit von der unerschütterlichen sozialistischen Entwicklung in der CSSR zu überzeugen. Im übrigen beschloß man Maßnahmen zum weiteren Ausbau des Warschauer Paktes, Dubcek selbst hat der tschechoslowakischen Nachrichtenagentur CTK am 26. März ein Interview gegeben, in dem er auch das im Hinblick auf den Warschauer Pakt erreichte Dresdenere Bündnis erwähnte. Der Parteichef erklärte dabei, daß man in Dresden «vor allem» über die Tätigkeit des «gemeinsamen Kommandos» gesprochen habe. Wenn er damit sagen wollte, daß nur über die militärische Seite des Bündnisses ein einstimmiger Beschuß gefaßt wurde, dann ist er wahrscheinlich in der Lage gewesen, hier seine Hände freizuhalten. So weit die offiziellen Versionen.

In Prag wußte man in führenden Parteikreisen aber bald mehr über den eigentlichen Ablauf dieser Begegnung. Man hat nach diesen Berichten in Dresden Dubcek unverblümt erklärt, man würde einmarschieren, und zwar aus der Sowjetunion über die Slowakei, aus Ungarn und aus der DDR, wenn die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei in der Liberalisierung zu weit gehen würde und die Kontrolle aus der Hand gäbe. Ferner war nach diesen Quellen zu diesem Zeitpunkt an der Grenze der Tschechoslowakei zur DDR eine einsatzbereite Panzerdivision aufmarschiert. Im Rahmen einer Sendung des schweizerischen Fernsehens in der Serie «Tatsachen und Meinungen» im September 1968 hat übrigens der stellvertretende Chefredaktor der «Literarni listy», Ludvik Vesely, ebenfalls die Ansicht bestätigt, daß bereits seit März 1968 die Pläne zur Intervention gegen die CSSR vorlagen<sup>2</sup>.

Die Vermutung, daß das Dresdenere Treffen die erzkonservativen Politiker einiger Warschauer-Pakt-Staaten – UdSSR, DDR, Polen – nicht beruhigt habe, fand bald eine Bestätigung. Nament-

<sup>2</sup> Nach aller Wahrscheinlichkeit liegen entsprechende Pläne für alle Nachbarstaaten der Sowjetunion bereit.

lich Gomulka und Ulbricht, die eine Reduzierung des «eisernen Dreiecks» Ostberlin–Warschau–Prag auf eine «Achse» Ostberlin–Warschau befürchteten, schienen nicht befriedigt zu sein.

Die öffentlichen Angriffe des ostdeutschen Parteiideologen Kurt Hager zeigten, daß man sich nach der Dresdner Konferenz nicht einmal bemühte, die Enttäuschung zu verbergen. Hager eröffnete am 25. März gegen die Tschechoslowakei einen bössartigen Verleumdungsfeldzug, der von den sowjetzonalen Presseorganen auch heute mit unverminderter Stärke weitergeführt wird<sup>3</sup>. In glatter Verfälschung der Tatsachen zitierten die ostzonalen Zeitungen aus tschechoslowakischen Debatten ausschließlich Äußerungen von mehr oder weniger vorsichtigen Gegnern der Reformbewegung; jede Bemerkung, die sich für Demokratie und Freiheit aussprach, wurde unterschlagen: So zum Beispiel bezeichneten die Berichte über den Fall Sejna den General unverfroren – weil ohne den geringsten Beweis – als westlichen Agenten, während sie über seine Rolle bei dem mißglückten Coup für Novotny natürlich hinweggingen.

Auch mit anderen «Bruderländern» haben sich die Beziehungen Prags im April unerfreulich entwickelt. Während die Demokratisierung in der CSSR im Westen wohlwollend begrüßt wurde, liegten einige Vertreter kommunistischer Parteien in Osteuropa vor allem Befürchtungen, ob die KPTsch die Entwicklung fest in der Hand habe und manches (Pressefreiheit, Auslandreisen für die Bevölkerung usw.) von dem, was in der CSSR geschehe, die Grundlagen des Systems gefährde. Deshalb waren sie wesentlich zurückhaltender. Auch spielten gewisse Überlegungen eine Rolle, daß die Vorgänge in der CSSR auf die Lage in diesem oder jenem Land einen Einfluß haben könnte, den man dort nicht für wünschenswert betrachtete. Wenn nämlich in der Tschechoslowakei das Experiment zur Verwirklichung eines humanitären und toleranteren Sozialismus gelänge, so könnte das in vielen Ländern Osteuropas zum Fanal werden. Die Funken von Prag könnten einen Steppenbrand entfachen. Diese Befürchtungen mögen unter anderem die harten Repressalien Gomulkas gegen Intellektuelle und Studenten, die wachsende Nervosität Ulbrichts und die fast unheimliche Zurückhaltung des Kremls erklären. Im April gab Moskau sein bedrohliches Schweigen auf. Anfang April wurde im Kreml hinter verschlossenen Türen eine Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU abgehalten. Die dort gehaltenen Reden hat man nicht veröffentlicht. Eine zum Abschluß der Konferenz bekanntgegebene Resolution ließ jedoch schon damals deutlich genug erkennen, welch schwere Besorgnisse die jüngste Entwicklung im Ostblock bei den Führern der Sowjetunion hervorrief und daß diese entschlossen waren, eine ähnliche Entwicklung oder Auflockerung in ihrem eigenen Lande zu verhindern. Diese Ergebnisse bedeuteten ein Kampfprogramm der Partei auf dem Gebiet der Außenpolitik und innerhalb der kommunistischen Bewegung. Neben den eindringlichen Beschwörungen zur ideologischen Disziplin erhob die KPdSU die Forderung nach einer weiteren Stärkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht der Sowjetunion. Sie hat sich ferner über die Lage in der CSSR sehr pessimistisch geäußert. Ohne die Loyalität Dubceks in Zweifel gestellt zu haben, soll Breschnew ihn als «Gefangenen reaktionärer und antikommunistischer Elemente» beschrieben haben, der Gefahr laufe, von den Ereignissen überrollt zu werden. Breschnew habe an dieser Sitzung auch die Behauptung aufgestellt, daß die gegenwärtigen Ereignisse in Prag die «Errungenschaften des Sozialismus» nicht nur in der CSSR, sondern auch in den anderen Volksdemokratien in Gefahr brächten.

<sup>3</sup> «Neues Deutschland», Ostberlin, 26. März 1968.

Die schwersten Drohungen gegen die Tschechoslowakei sollen auf der gleichen Sitzung von General Jepischew, Chef der Politjhauptverwaltung der sowjetischen Armee und Kriegsflotte, ausgesprochen worden sein. Er soll gesagt haben, man könne nicht ausschließen, daß eine Gruppe von loyalen tschechoslowakischen Kommunisten an die Sowjetunion und an die anderen sozialistischen Länder ein Interventionsansuchen stellen. «In diesem Fall», soll General Jepischew gesagt haben, «sind die sowjetischen Streitkräfte bereit, ihre Pflicht zu tun<sup>4</sup>.»

Diese ungewöhnlich scharfe Drohung trug dann in der Tschechoslowakei durch einen weiteren Umstand zur Entstehung von Zweifeln an der sowjetischen Haltung bei. Am Abend des 7. Mai sendete Radio Prag ein Telephongespräch mit seinem Moskauer Korrespondenten Lubos Dobrovsky. Unter anderem beschäftigte er sich mit der Äußerung des sowjetischen Hauptverwaltungschefs, General Jepischew, vor dem sowjetischen Zentralkomiteeplenum, wo der General angeblich seine Interventionsdrohungen erklärt haben soll. Dobrovsky bekannte, er wisse nicht, ob Jepischew tatsächlich so etwas gesagt habe, und fuhr dann fort: «Aber gut, nehmen wir an, Genosse Jepischew hätte das gesagt...» – Hier brach der Kontakt mit Moskau plötzlich ab. Radio Prag versuchte an dem Abend noch mehrmals, der Ursache für die Unterbrechung auf den Grund zu kommen – ohne Erfolg. Schließlich ließ die Moskauer Telephonzentrale wissen, an Dobrovskys Anschluß sei ein Defekt entstanden. Dieser Vorfall, der sich vor den Ohren Tausender von Rundfunkhörern zutrug, erhielt am nächsten Tag – am 8. Mai – einen weiteren unangenehmen Beigeschmack, als Breschnew die Führer der orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten – Ulbricht, Gomulka, Schiwkoff und Kadar – zu einer Sonderkonferenz in Moskau empfing. Rumänien und die CSSR erhielten keine Einladungen. Der Kreml hat schon damals ernstlich Maßnahmen gegen Prag erwogen, allerdings nur auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet; von einer militärischen Intervention sei angeblich noch nicht die Rede gewesen. Die Entschärfung der Spannung ist dem vermittelnden Eingreifen des ungarischen Parteichefs Kadar zuzuschreiben. Dieser soll auf dem Höhepunkt der Krise, während des Gipfeltreffens in Moskau, darauf gedrungen haben, vorläufig von Sanktionen gegen Prag Abstand zu nehmen. Was immer dort besprochen wurde, in den nächsten Tagen setzte eine Art Nervenkrieg ein, der offensichtlich darauf abgestellt war, Prag unter Druck zu setzen. Die Ansicht, daß vor allem Ulbricht selbst in Moskau auf sowjetischer bewaffneter Intervention bestanden habe, war in Prag weit verbreitet.

Nun wurden bewußt und planmäßig aus Ostberlin Lügen und Fälschungen über die CSSR verbreitet. Die «Berliner Zeitung» wiederholte mehrmals ihre von der Prager Presse bereits demenzierte Meldung, wonach unter dem Vorwand von Vorbereitungen für Filmaufnahmen amerikanisches und westdeutsches Militärpersonal, ausgerüstet mit Panzern, in die Tschechoslowakei eingeschleust worden sei<sup>5</sup>.

Die Zeitung der tschechoslowakischen Gewerkschaften, «Prace», sah sich auch veranlaßt, sich mit den vorhin erwähnten Interventionsdrohungen General Jepischews zu befassen. Sie erklärte dazu: «Wir wollen nicht behaupten, daß unsere Beziehungen zur UdSSR ohne Probleme sind. Neben wirtschaftlichen bestehen auch politische Zweifelsohne» – so fuhr die «Prace» fort – «zeigen sich, und zwar nicht nur in der Sowjetunion, nach unserer Meinung unbegründete Befürchtungen über mögliche antisozialistische Rückschläge. Diese Befürchtungen werden offenbar nur den Gang der Dinge widerlegen können. Die Meldung über die Aus-

<sup>4</sup> Radio Prag, 7. Mai 1968.

<sup>5</sup> «Berliner Zeitung», Ostberlin, 9. Mai 1968.

führungen des Genossen General Jepischew aber halten wir nicht für glaubwürdig. Es liegt doch im Interesse der Sowjetunion wie auch der übrigen sozialistischen Länder, mit der 'neuen' Tschechoslowakei die Bindungen zu festigen. Zudem muß es doch jedem klar sein, daß irgendwelche 'Hilfe zur Rettung des Sozialismus' keine Gruppe treuer Kommunisten anfordern kann.» Abschließend wird die «Prace» recht konkret: «Außerdem stellt jedwede militärische Intervention eine so abenteuerliche Politik dar, daß es einfach unglaublich ist, daß sie irgendein Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU erwägen könnte. Militärische Hilfe 'zur Rettung des Sozialismus' würde sich sinnfällig genau in ihr Gegenteil verkehren. Sie würde nicht nur die Entwicklung des Sozialismus in der Tschechoslowakei vernichten, sondern ihn auf der ganzen Welt bremsen. Dies ist heute in allen sozialistischen Ländern völlig klar<sup>6</sup>.

Zur Anheizung der Atmosphäre trugen Meldungen aus Warschau bei. Nach Berichten waren am 9. Mai mehrere westliche Diplomaten auf den Straßen nach Krakau, Lublin und Terespol, 70 bis 100 km von Warschau entfernt, von Polizisten angehalten und aufgefordert worden umzukehren, da sowjetische Truppenenteile auf polnischem Territorium entlang der Grenze zur CSSR sich in westlicher Richtung bewegten. Das mußte nach einem sowjetischen Aufmarsch aussehen. Die offizielle tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK machte der Unsicherheit über die Truppenbewegungen in Südpolen am 10. Mai ein vorläufiges Ende; es handle sich, so wurde mitgeteilt, um reguläre Manöver des Warschauer Paktes, von denen Prag vorher unterrichtet gewesen sei<sup>7</sup>. Das Gespenst einer militärischen Einnahme rückte langsam in die Nähe des Möglichen. Marschall Iwan Konjew, der auf einer Prager Massenversammlung am 9. Mai zur Feier des 23. Jahrestages der Befreiung sprach, wies auf die besonders exponierte Lage der Tschechoslowakei hin, die im Westen an ein «kriegslüsternes Land mit territorialen Ansprüchen» grenze. Konjew erklärte ferner am 13. Mai in Kladno vor Arbeitern, die Sowjetunion werde niemandem erlauben, die freundschaftlichen Bände zwischen der Tschechoslowakei und der UdSSR zu zerreißen<sup>8</sup>.

Vier Tage später traf eine Delegation der Sowjetarmee in Prag ein, die von Verteidigungsminister Marschall Gretscho geleitet wurde und der auch General Jepischew, Politjhauptverwaltungschef der sowjetischen Streitkräfte, angehörte; dieser soll schon mit bewaffneter Intervention gedroht haben. Jepischew stellte, als er auf dem Flugplatz von einer Reporterin des tschechoslowakischen Fernsehens nach dieser Drohung befragt wurde, kurz und bündig fest: «Blödsinn!» Die hohen sowjetischen Militärs interessierten sich jedoch sehr intensiv für die innenpolitische Lage in der CSSR<sup>9</sup>. Das Organ des tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes, «Literarni listy», veröffentlichte überdies am 31. Mai den Brief eines nicht namentlich genannten tschechoslowakischen Soldaten, der zu erzählen wußte, seine Kaserne in Leitmeritz sei von einem sowjetischen General Schadow besichtigt worden, der bei dieser Gelegenheit gesagt habe, nach seinen Informationen

<sup>6</sup> «Prace», Prag, 7. Mai 1968.

<sup>7</sup> CTK, Prag, 10. Mai 1968. Vergleiche auch «A Bit of Maneuvering», «Times», 17. Mai 1968.

<sup>8</sup> Radio Moskau, 13. Mai 1968.

<sup>9</sup> Zugleich tauchten Gerüchte auf, die Delegation der Sowjetarmee wolle von der CSSR die Zustimmung zur Stationierung sowjetischer Truppen und von Verbänden anderer Staaten des Warschauer Paktes an der CSSR-Grenze erreichen. Verteidigungsminister Generaloberst Dzur ging am 21. Mai, als er zum Besuch der Sowjets Stellung nahm, auf diese Gerüchte gar nicht ein. Er erklärte sogar, daß konkrete Fragen überhaupt nicht besprochen worden seien. Radio Preßburg, 21. Mai. Vergleiche auch «Besuch einer Delegation der Sowjetarmee», «Volkszeitung», Prag, 24. Mai 1968.

wollten reaktionäre Kräfte den Prozeß der Erneuerung gegen den Sozialismus ausnützen, doch sollten die wahren Kommunisten des Landes keine Angst haben, da sie ja nur ein Zeichen zu geben brauchten, um über die sowjetische Armee und andere befreundete Armeen verfügen zu können.

Über die sowjetzonalen Anweisungen zur psychologischen Vorbereitung der militärischen Intervention wußte bereits am 30. Mai die «Literarni listy» zu informieren. Die Verfasser berichteten von ostdeutschen Journalisten, die geheime Notizen darüber zur Verfügung gestellt hätten, mit welchen Formulierungen das sowjetzionale Parteiaktiv über die Lage in der CSSR aufgeklärt beziehungsweise auf eventuelle Maßnahmen vorbereitet werde:

«In der CSSR gewinnt die Konterrevolution die Oberhand. Die Rückkehr zur Vorkriegsbourgeoisie wird sogar im Aktionsprogramm der KPTsch gefordert, dessen Implikationen sich gegen die Grundlagen des Sozialismus richten ... Die konterrevolutionäre Politik trieb bereits unzählige aufrechte Kommunisten und loyale Söhne der Arbeiterklasse in den Selbstmord. Die von den tschechoslowakischen Vertretern gegebene Versicherung der Freundschaft zur Sowjetunion und den übrigen sozialistischen Verbündeten ist wertlos, denn diese Leute kontrollieren die Entwicklung nicht mehr. Die Kontrolle ist den Behörden in einem Maße aus der Hand geglitten, das sogar die Situation an der tschechoslowakischen Grenze unklar macht ... Die Dinge gehen so weit, daß nicht mehr von einer internen Angelegenheit der CSSR gesprochen werden kann. Das jetzige tschechoslowakische Regime läßt Feinde in das Territorium des Warschauer Paktes eindringen ... Im Falle der Intervention [durch die sozialistischen Länder], die auch ein militärisches Eingreifen beinhalten kann, würden kollektive Maßnahmen ergriffen.»



Bild 2. Die Okkupanten töteten fast hundert unbewaffnete Personen und verletzten siebenhundertzwei Bürger der CSSR.

Solche Nachrichten konnten von Prag nicht einfach ignoriert werden und hatten daher sicher ihren Anteil daran, daß sich der Nervenkrieg langsam zuspitzte. Am 13. Mai schrieb Ervin Jiricek in der «Prace», die Sowjetunion solle so energisch wie möglich alle Gerüchte über eine militärische Intervention der UdSSR dementieren und verurteilen; es sei unangebracht, derartige Gerüchte durch unbesonnene Formulierungen und falsch terminierte Aktionen wie die Truppenbewegungen in Südpolen auch noch zu fördern; Druck auf die Tschechoslowakei würde lediglich die Beziehungen zwischen den Verbündeten verschlechtern. Schon am 9. Mai hatte Petr Pithart im Radio Prag einen leidenschaftlichen Appell an die Sowjetunion gerichtet, die Wiederholung von Exkommunikationen wie der Jugoslawiens im Jahre 1948 oder gar die Wiederholung von Interventionen wie 1956 in Ungarn nicht zuzulassen.

Die Frage der eventuellen militärischen Intervention gegen die CSSR wurde anlässlich der Reise einer tschechoslowakischen Parlamentsdelegation (4. bis 15. Juni) unter der Führung von Parlamentspräsident Josef Smrkovsky offen erwähnt. Als die Mitglieder der Delegation von Parteichef Breschnew empfangen wurden, beteuerte der sowjetische Parteiführer, die Sowjetunion möge zwar gegenüber der CSSR Fehler gemacht haben, aber niemals habe in Moskau die Absicht bestanden, sich in die inneren Angelegenheiten der CSSR einzumischen; er, Breschnew, habe zu keiner Zeit entsprechende Weisungen erteilt, und die Sowjetunion sei sogar bereit, dies vor einem internationalen Gericht zu beweisen. Josef Zedník, einer der Begleiter Smrkovskys, der diese bewegende Szene in einem Interview überlieferte, setzte hinzu, der hohe Funktionär und Veteran des zweiten Weltkrieges habe bei seinen Versicherungen tatsächlich Tränen in den Augen gehabt<sup>10</sup>.

#### *Die zwielichtigen Manöver*

Die Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten unter dem Codewort «Sumava» (Böhmerwald) hatten an und für sich keine besondere Publizität verdient. Sie hätten ursprünglich zwischen dem 20. und 30. Juni stattfinden sollen, und die Analyse müßte laut Plan am 2. und 3. Juli abgeschlossen werden. Sie fanden jedoch in einem Zeitpunkt statt, als man schon nicht mehr im ungewissen darüber war, ob auf die CSSR ein Druck ausgeübt werde. Als sich am 25. Mai herausstellte, daß die tschechoslowakische Regierung ihre Zustimmung zu Manövern von Streitkräften des Warschauer Pakts auf tschechoslowakischem Boden gegeben hatte, wandte sich sofort die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit nach der CSSR. Marschall Iwan Jakubowski, der Oberkommandierende der Warschauer-Pakt-Streitkräfte betonte bereits vor den Manövern in einem Interview mit der «Rude Pravo»: «Die Kommandostabsübungen werden sich wesentlich von dem im September 1966 durchgeführten bekannten Manöver «Moldau» unterscheiden. Es handelt sich darum, daß das Manöver «Moldau» keine Kommandostabsübung war. Es war eine große Übung, an der starke Truppenverbände von vier verbündeten Armeen – der tschechoslowakischen, der ungarischen, der sowjetischen und derjenigen der DDR – teilgenommen haben. Bei der bevorstehenden Übung sind die Truppen nur zur Markierung und Sicherung anwesend ... In den geplanten Kommandostabsübungen sollen Kommandanten und Stäbe sowie Nachrichten- und Sicherungskräfte und -mittel von den Armeen der CSSR, der Ungarischen Volksrepublik, der Volksrepublik Polen, der DDR und der UdSSR herangezogen werden. Die Übungen werden auf dem Territorium Polens, der CSSR, der DDR und der UdSSR abgehalten<sup>11</sup>.»

<sup>10</sup> «Lidova Demokracie», Prag, 17. Juni 1968

<sup>11</sup> «Rude Pravo», 18. Juni 1968.

Die Informationen von Marschall Jakubowski haben sich bald als falsch und irreführend erwiesen. Die Manövertägigkeit traf nicht nur mit den gegen die CSSR getroffenen Maßnahmen zusammen, die eine offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Mitgliedlandes des Warschauer Paktes darstellten, sondern sie erwies sich als eine Vorbereitung zur Okkupation dieses Landes. Die durch diese Manöver verursachten Verluste an Glaubwürdigkeit waren mit Beginn dieser Handlungen unvergleichlich größer als die bezeichneten militärischen Vorteile.

Die Besorgnisse der tschechoslowakischen Bevölkerung erhielten die erste Nahrung, als die sogenannten Manövertruppen bereits Ende Mai – also in einem ungewöhnlichen Zeitpunkt, mehr als 3 Wochen vor Manöverbeginn – die Grenze überschritten.

Sie brachten ebenfalls merkwürdigerweise starke Panzereinheiten und mobile Raketenabschussrampen mit. Die wachsende Unruhe in der Öffentlichkeit versuchte man mit falschen Informationen zu zerstreuen. Als am 5. Juni die «New York Times» die Ankunft sowjetischer Panzer in der CSSR mitteilte, gab am nächsten Tag Generalmajor Josef Cepicky, Presseoffizier der Manöver, ein geharnischtes Dementi ab. Er stellte am 7. Juni in einem Interview mit der Preßburger «Pravda» fest, daß überhaupt nur «ein paar hundert Soldaten» an den Manövern beteiligt und daß die Gerüchte über sowjetische Panzer in der CSSR «reine Erfindung» seien.

Entgegen der vorherigen offiziellen Informationen führte man die wichtigsten Manöverhandlungen nicht auf dem Gebiet der angegebenen vier Staaten, sondern fast einzig und allein auf dem tschechoslowakischen Hoheitsgebiet durch, wo auch der Stab des Oberkommandierenden der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, Marschall Jakubowski, lag. Dies war bei einer nach Generalstabskarten geleiteten Kommando- und Stabsübung eigentlich nicht erforderlich, aber sie entsprachen den Plänen der späteren Aggressoren.

Marschall Jakubowski sprach als verantwortlicher Leiter der Kommandostabsübungen von Truppen, die «nur zur Markierung und Sicherheit» anwesend seien. Laut offizieller Meldung nahmen rund zweihundert Generäle und hohe Offiziere sowie der Staatspräsident Svoboda und Parteichef Dubcek an den Manövern teil<sup>12</sup>. Dagegen läßt sich feststellen, daß die Sowjets ihren Verbündeten über die tatsächliche Stärke der Manövertruppen nie informiert haben. Heute wissen wir, daß bei den «Sumava»-Manövern in der Regel ein sowjetisches Bataillon eine Division markiert hat. Bei den bisherigen gemeinsamen Kommandostabsübungen der Warschauer-Pakt-Staaten war es jedoch üblich, eine Division nur durch einen Zug markieren zu lassen. Die Tschechoslowaken sahen sich gezwungen, angesichts der offensichtlich irreführenden Angaben des Stabes der Vereinten Streitkräfte die genaue Stärke der angeblichen «Kommandanten und Stäbe» sowie die Markierungs- und Sicherungstruppen durch ihre Spionageabwehr ermitteln zu lassen. Sie bestanden in Wirklichkeit aus 16 000 Soldaten, 4500 Fahrzeugen, 70 Panzern, 40 Verbindungsflugzeugen, einem «MiG»-Geschwader, einem Einsatzgeschwader und 20 Hubschraubern. Die Teilnahme von Truppen in einem solchen Ausmaß war bei einer Übung von Kommandanten und Stabsoffizieren keineswegs erforderlich.

Die Annahme, daß die Manöver eine Art des Drucks auf die Tschechoslowakei darstellten, hat sich ferner durch die sonderbaren Umstände des Abzugs der Manövertruppen bestätigt. Am 28. Juni gab das tschechoslowakische Verteidigungsministerium bekannt, die Manöver würden plangemäß am 30. Juni abgeschlossen werden. Tatsächlich meldeten die Nachrichtenmedien

<sup>12</sup> CTK, Prag, 5. Juni 1968.

der Teilnehmerländer am 30. Juni die erfolgreiche Beendigung der Übungen. Am frühen Morgen des 1. Juli allerdings zog TASS ihre Meldung ohne jede Erklärung zurück. In Moskau erklärte man, daß «die Stabsmanöver des Warschauer Paktes in der CSSR fortgesetzt werden». Das Verteidigungsministerium der CSSR dementierte. Laut CTK erklärte Generalmajor Cepicky am Nachmittag, die Manöver seien entgegen anderslautenden Berichten am Sonntag, dem 30. Juni, zu Ende gegangen. Dieser Bericht der CTK wurde am selben Abend von Verteidigungsminister Dzur bestätigt. Cepicky verkündete am 3. Juli auf einer Pressekonferenz, die Manöver seien am 30. Juni «endgültig» beendet worden und die ersten ausländischen Truppen würden in den nächsten 2 bis 3 Tagen das Land verlassen. Am 8. Juli jedoch sagte Verteidigungsminister Dzur, bis jetzt hätten nur 35 % der ausländischen Manövereinheiten das Land verlassen. Eine andere Version lieferte Oberstlt Frantisek Kudrna am 11. Juli. Gegenüber der slowakischen Zeitung «Lud» äußerte er, Marschall Jakubowski habe den Befehl zum Rückzug noch nicht erteilt, weil antisowjetische Flugblätter den Argwohn des Sowjets erregt hätten. Am 11. Juli gab jedoch das gemeinsame Oberkommando zum zweitenmal offiziell den Abschluß der Manöver bekannt<sup>13</sup>. Allerdings fehlte in der Meldung der Hinweis auf die Rückkehr der Stäbe. Am 15. Juli hieß es im Fernsehen, der Abzug verzögere sich wegen des starken Touristenverkehrs bis zum 21. Juli<sup>14</sup>. Am 22. und 25. Juli meldete Radio Prag den Abzug gewisser Truppenteile aus der CSSR, stellte aber fest, daß sich noch immer mehrere hundert sowjetische Soldaten in der CSSR aufhalten. Das Tauziehen um den Abmarsch der Manövertruppen hat sowohl die Stimmung der tschechoslowakischen Bevölkerung als auch die Öffentlichkeit der benachbarten Staaten mit tiefer Beunruhigung erfüllt. Heute wissen wir, daß sich in diesem Zeitpunkt noch mehrere tausend Sowjetsoldaten in den Wäldern der Slowakei aufhielten. Ihr endgültiger Rückzug erfolgte erst am 11. August, 42 Tage nach dem Abschluß der «Manöver». Ihr Verbleiben auf dem Hoheitsgebiet der CSSR diente einzig und allein der Vorbereitung der Intervention.



Bild 3. Abendappell bei den sowjetischen Interventionstruppen bei Prag. Die besten Soldaten erhalten Schokolade und Zigaretten.

<sup>13</sup> Am 11. Juli verlangte Dubcek nach einem Telephonesprach mit Breschnew von Marschall Jakubowski die schriftliche Abmeldung. Jakubowski versprach, vom 13. bis 16. Juli den Abmarsch abzuschließen. Die Ostberliner «Junge Welt» meldete am 12. Juli 1968: «Stabsübung beendet.»

<sup>14</sup> Generalleutnant Prchlik erklärte an einer Pressekonferenz, am 21. Juli solle die Rückführung der verbündeten Truppen abgeschlossen sein. «Prager Volkszeitung», 19. Juli 1968.

### Der Warschauer Pakt in tschechoslowakischer Sicht

In dieser bis zum letzten gespannten Atmosphäre hatte General Prchlik, der Leiter der 8. ZK-Abteilung für Armee- und Staatsverwaltung, am 15. Juli in einer Pressekonferenz zur Rechtslage des Warschauer Vertrages Stellung genommen<sup>15</sup>. Im Warschauer Vertrag existieren nach seinen Ausführungen keine Bestimmungen, die einzelnen Partnern das Recht geben, nach eigenem Ermessen militärische Einheiten in die Länder ihrer Bundesgenossen zu dislozieren. Die Präambel und Artikel 8 des Vertrages verpflichteten die Mitglieder zu gegenseitiger Achtung ihrer Souveränität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen. Bis jetzt besteht allerdings das Kommando ausschließlich aus sowjetischen Marschällen, Generälen und Offizieren. Die übrigen Signatäre entsenden nur ihre Vertreter in der Rolle von Verbindungsoffizieren. Die Verteidigungsminister der einzelnen Länder sind Stellvertreter des Oberbefehlshabers Marschall Jakubowski und als solche an seine Entscheidungen gebunden. Darüber hinaus müsse der Politische Beratungsausschuß zu einem «regelmäßig, zielstrebig und systematisch arbeitenden Organ» entwickelt werden. Bisher habe dieses Gremium nur «sporadisch» gearbeitet und darum die «Erfüllung seiner Funktion verfehlt». «Wenn der Ausschuß nach unseren Vorstellungen verfüre, würde er objektive Bedingungen schaffen, die sicherstellen, daß es auch im System der alliierten Kommandos nicht zur Unterordnung militärischer Aspekte unter die politischen kommen kann.» Ferner setzte sich Generalleutnant Prchlik für die Schaffung «klarer Garantien» innerhalb des Paktsystems ein, welche nach seiner Vorstellung «verhindern» sollen, daß «individuelle Gruppierungen von Mitgliedern» sich zu «sozusagen fraktionistischen Aktivitäten innerhalb der Koalition» zusammensetzen können, denn dies führe in letzter Konsequenz zum Verstoß gegen die Grundlagen des Bündnisses, namentlich gegen die Souveränität und das Prinzip der Nichteinmischung. «Im Warschauer Pakt sollten qualitative Änderungen vorgenommen werden», verlangte Prchlik. «Die Organisation und Verteilung der Pflichten spiegelt noch immer die Zeit wider, in der der Pakt abgeschlossen wurde. Die Gleichheit aller Partner sollte mehr zum Ausdruck kommen. Darum haben wir bereits wiederholt Abänderungsanträge gestellt, die darauf hinzuzeigen, den übrigen Verbündeten ein größeres Mitentscheidungsrecht einzuräumen.» Schließlich deutete der General noch an, daß die CSSR mit diesen Änderungswünschen nicht allein stehe, vielmehr zeige sich «eine Differenzierung der Standpunkte, und das müssen wir meiner Meinung nach auszunutzen wissen».

Die Vermutung, daß hier Prchlik mehr als nur seine persönlichen Ansichten geäußert hat, wird dadurch bestätigt, daß Verteidigungsminister Dzur im Parteiorgan «Rude Pravo» (16. Juli) ebenfalls «Vorschläge über die Zusammensetzung des gemeinsamen Oberkommandos» befürwortet hat. Ferner deutete er an, sein Land erachte als wünschenswert, daß innerhalb des Bündnisses «weitere Gremien» ins Leben gerufen würden, damit alle Fragen der gemeinsamen Verteidigung einer «objektiveren Diskussion» unterzogen werden könnten. Durch die «Formulierung einer eigenen Militärdoktrin» wolle die CSSR «ihren eigenen theoretischen Beitrag» leisten. Eine Woche später (23. Juli) fand sich das Zentralorgan des sowjetischen Verteidi-

<sup>15</sup> Ebenda.

<sup>16</sup> «Roter Stern» hob hervor, daß Prchliks Äußerungen ein Zeichen für die Gegner des Warschauer Vertrages waren, die die CSSR aus der sozialistischen Ländergemeinschaft lostrennen wollen. So veröffentlichte die Zeitung «Zemedelske Noviny» einen Artikel, in dem die Erklärung von Prchlik als außerordentlich interessant vom Standpunkt der «Souveränität» der CSSR bezeichnet wurde. Er «erging sich in Verleumdung

gungsministeriums, «Roter Stern», imstande, die «glatten Verleumdungen» zurückzuweisen, die der General gegen den Warschauer Vertrag und das Verhältnis unter seinen Mitgliedern vorgebracht habe<sup>16</sup>. Zwei Tage später beschloß das Präsidium des Zentralkomitees der KPTsch die Abschaffung der Militäraabteilung im Zentralkomitee, dessen Leiter Prchlik war. Er wurde in den aktiven Militärdienst zurückversetzt.

### Die Vorbereitung der militärischen Intervention

Während die militärischen Vorbereitungen zur Intervention bereits auf vollen Touren gelaufen sind, hat die politische Führung der orthodoxen Warschauer-Pakt-Mächte ihre erste ultimative Forderung nach der Warschauer Konferenz vom 14. und 15. Juli in einem Drohbrief an die Führung der CSSR zum Ausdruck gebracht. Der Warschauer Brief proklamierte das Interventionsrecht der Warschauer-Pakt-Staaten und behauptete, daß in der CSSR «eine für ein sozialistisches Land un-



Bild 4. Das vom sowjetischen Hauptmann Kukarenko entdeckte Waffenarsenal im Landwirtschaftsministerium in Prag. Die Waffen der «Konterrevolutionäre» sind in Wirklichkeit Waffen der tschechoslowakischen Volksmiliz.

annehbare Situation entstanden» ist und «die Interessen des ganzen sozialistischen Systems bedroht» werden. Die Vorwände, unter denen ein militärisches Eingreifen jederzeit vonstatten gehen konnte, waren nunmehr eindrücklicherweise niedergelegt. Zu diesem Zeitpunkt waren die sowjetischen Truppen eigentlich zur Intervention bereit. Aber durch die Erklärung der KPTsch, zu bilateralen Verhandlungen bereit zu sein, wurde die zwischen Moskau, Warschau und Ostberlin nach Abfassung des ersten Ultimatums an Prag vereinbarte Planung für eine Intervention zwischen dem 13. und 25. Juli fallengelassen. Sie sah die Mobilisierung der prosowjetischen Teile von Armee, Volksmiliz und

der Organisationsprinzipien des Vereinigten Kommandostabes, der gegenseitigen Beziehungen unter den Kommandanten und Stäben der Streitkräfte des Warschauer Vertrages», schrieb «Roter Stern». «Er sagte beleidigende Unwahrheiten über die Offiziere und Generäle der tschechoslowakischen Armee und anderer Bruderarmeen, die, wenn man Prchlik glauben sollte, über 'keinerlei Vollmachten' verfügen.» «Roter Stern», Moskau, 23. Juli 1968.

Geheimpolizei vor, denen die ohnehin im Lande weilenden starken Manövertruppen des Warschauer Pakts zu Hilfe gekommen wären. Diese Maßnahme hätte mit der Einsetzung einer Quislingregierung geendet. Als direkter Grund des Einmarsches hat man auf Geheimdienstebene eine Reihe von Tarentricks vorbereitet.

Das Moskauer Sonderkomitee hat für die Bearbeitung gewisser Operationsgebiete auch das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit eingeschaltet, das zum Teil über bessere Verbindungen verfügte als das Moskauer KGB. Zu diesen Aktionen gehörten die Hetzflugblätter, die nach dem Warschauer Treffen in den Städten der CSSR verbreitet wurden und als deren Herkunftsland einwandfrei die DDR ermittelt wurde. Dazu gehörten auch die angeblich aus den USA und der Bundesrepublik Deutschland stammenden «Waffen für Konterrevolutionäre», die nach Ermittlung tschechischer Sicherheitsorgane von Agenten des sowjetischen Spionagedienstes eingeschmuggelt worden waren. Die fünf Rucksäcke mit der Aufschrift «Nordwest Orial Pack» seien bei Sokolovo versteckt worden. Am Tag nach dem Bekanntwerden war in der Sowjetunion und in Bulgarien bereits von mehreren Waffenfunden an «mehreren Orten» die Rede; dies wurde von Innenminister Pavel umgehend zurückgewiesen<sup>17</sup>. Im Rahmen dieser Aktion berichtete am 19. Juli die Moskauer «Prawda» ausführlich über einen vom Pentagon und der CIA ausgearbeiteten «sogenannten hochgeheimen Operationsplan». Die US Army sollte danach die DDR und die CSSR erobern<sup>18</sup>. Das «Neue Deutschland» sprach am 22. und 24. Juli schon von einer massiven Intervention der Imperialisten in die inneren Angelegenheiten der CSSR. Da die rumänische Führung von den Interventionsabsichten der orthodoxen Warschauer-Pakt-Staaten rechtzeitig Informationen erhalten hatte und die Situation bereits für bedrohlich hielt, nannte sie die Dinge bald beim Namen. Am 15. Juli erklärte Ceausescu in Galatz, der Warschauer Pakt sei von Anbeginn und seiner Natur nach ein Militärbündnis gegen etwaige Angriffe von außen: «Niemals hat jedoch irgend jemand daran gedacht, den Warschauer Ver-

<sup>17</sup> Die Londoner «Times» berichteten am 9. August, es habe einen Plan der UdSSR und der DDR gegeben, Mitte Juli in die CSSR einzumarschieren. Die Meldung über den Waffenfund sollte den Vorwand dafür liefern. – Am 3. September 1968 befaßten sich die CSSR-Zeitungen mit der sowjetischerseits immer wieder angeführten Angelegenheit des angeblich westdeutschen Waffenverstecks bei Sokolovo, die bereits im Juli als Alibi für die spätere Intervention hochgespielt worden war. Das Dementi hat folgenden Wortlaut: «Sicher gibt es bei uns kaum jemanden, der die vor einiger Zeit aufgebrachte 'Affäre' über die Waffenfunde im Bezirk Sokolovo vergessen hätte. Diese Angelegenheit hat im Ausland – in der Presse der fünf sozialistischen Länder – viel Staub aufgewirbelt. Was aber ist der Tatbestand bezüglich dieses Fundes von Maschinengewehren und Pistolen im Gewicht von insgesamt 200 kg? Unsere Parteidlegation hat damals zu den Beratungen in Schwarza an der Theiß die Dokumente über die Waffenfunde im Bezirk Sokolovo mitgenommen. Über die diesbezüglichen Ergebnisse der Beratung haben wir aus Höflichkeitsgründen nichts veröffentlicht. Heute können wir aber mitteilen, was die Sachverständigen und die gründliche Untersuchung festgestellt haben: Die Waffen wurden von Mitgliedern des sowjetischen Spionagedienstes dorthin gelegt, wo sie aufgefunden wurden. Über diese Tatsache wurde auch Breschnew informiert.» «Uj Szo», Preßburg, 3. September 1968.

<sup>18</sup> Unter der Überschrift «Abenteuerliche Pläne des Pentagons und der CIA» berichtete die Moskauer «Prawda» am 19. Juli 1968 über Geheimpläne der USA zur Vorbereitung einer Aggression in Europa. In dem Artikel über diese Pläne hieß es, daß die NATO benutzt werde, «Sonder»-Operationen sogar gegen eigene Verbündete vorzubereiten und sie bei «Krisensituationen» an der Stange halten zu können. Die Front aber bleiben für das Pentagon und die CIA nach wie vor die Grenzen der sozialistischen Staaten, gegen die sich die Speerspitze der Aggressivität der NATO richtet. Es geht darum, mit Hilfe ideologischer und politischer Mittel im Zusammenwirken mit geheimen subversiven Maßnahmen die sozialistische Gesellschaft «ins Wanken zu bringen!»

trag als einen Vorwand für die Rechtfertigung einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten aufzufassen. Die Lösung der internen Probleme ist ausschließlich Sache der Partei und des Volkes des betreffenden Landes; jede Einmischung ist dazu angetan, der Sache des Sozialismus zu schaden<sup>19</sup>.»

Das rechtzeitige Bekanntwerden der ersten sowjetischen Interventionspläne gegen die CSSR trug zur Formierung des Widerstandes in weiteren Parteien der kommunistischen Weltbewegung bei. Der französische KP-Chef Waldeck-Rochet und zwei Vertreter der italienischen Kommunisten eilten nach Moskau, um den Sowjets klarzumachen, welche katastrophale Folgen eine militärische Intervention für ihre Parteien hätte. Auch die österreichische, die britische, die schweizerische und die skandinavischen kommunistischen Parteien haben sich öffentlich mit der KPTsch solidarisch erklärt.

Zur Verschärfung des Drucks setzten die Sowjets auch Mittel der psychologischen Kriegsführung ein. Man setzte in der Presse immer häufiger die Ereignisse in Prag mit denen von Budapest 1956 gleich. Die Massenmedien wiederholten die bekannte Argumentation von US-Globalstrategie und schleichender Konterrevolution. Tschechoslowakische Persönlichkeiten wurden beschuldigt, die CSSR in Abhängigkeit vom Westen zu bringen. Gleichzeitig begann eine Reihe von gigantischen Manövern an der Westgrenze der Sowjetunion, in denen später die DDR, Polen und auch Ungarn einbezogen worden.

1. Kommandostabsübung «Nord» (Sewer) vom 11. bis 19. Juli 1968 unter der Leitung des Oberkommandierenden der sowjetischen Kriegsflotte, Flottenadmiral S. Gorschkow.

2. Manöver «Njemen» der rückwärtigen Dienste der Sowjetarmee in den Westgebieten der Sowjetunion von der Ostsee bis zu den Karpaten in den Sowjetrepubliken Rußland, Ukraine, Weißrussland und Lettland vom 23. Juli bis 10. August 1968 unter der Leitung Armeegenerals Marjachin<sup>20</sup>.

3. Luftabwehrmanöver «Himmelsschild» vom 25. Juli bis 31. Juli unter der Leitung des Befehlshabers der sowjetischen Luftabwehr, Marschall Batizki<sup>21</sup>.

<sup>19</sup> «Romania libera», Bukarest, 16. Juli 1968.

<sup>20</sup> Bei der Auswertung würdigte der Leiter der Übung, Armeegeneral Sergej Marjachin, Stellvertreter des Ministers für Verteidigung der UdSSR, die exakte Arbeit der Abteilungen und Einrichtungen der rückwärtigen Dienste sowie ihre Fähigkeit zur reibungslosen Versorgung der Truppen unter komplizierten Bedingungen. «Neues Deutschland», Ostberlin, 12. August 1968. – «Ihrem Ausmaß nach ist diese Übung eine der größten, die von der Sowjetarmee jemals durchgeführt worden ist», erklärte der Chef des Stabes der rückwärtigen Dienste, Generalleutnant M. Nowikow. Unter den Bedingungen des modernen Krieges, an dem Millionenarmeen beteiligt sein können, erlange die Truppenversorgung eine größere Bedeutung als in der Vergangenheit und stelle an die Stäbe und Truppen der rückwärtigen Dienste höchste Anforderungen. «Roter Stern» hob hervor, daß die Reservisten, die praktisch über Nacht einberufen und ohne Vorbereitung und Zwischenaufenthalt ins Manövergebiet gebracht worden waren, die Aufgaben gut bewältigt hätten. «Neues Deutschland», Ostberlin, 31. Juli 1968.

<sup>21</sup> Die große sowjetische Luftverteidigungsübung «Himmelsschild» ist beendet worden, meldete Taß am 31. Juli 1968. Sie dauerte mehrere Tage und erfaßte ein bedeutendes Territorium der UdSSR. Die Übung diente dazu, die Fähigkeit der Einheiten zu überprüfen, Kampfhandlungen gegen einen starken, gut ausgerüsteten und heimtückischen Gegner zu führen und ihn zu vernichten. Sie wurde vom stellvertretenden Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber der Luftverteidigung der UdSSR, Marschall Batizki, geleitet. An «Himmelsschild» hatten verschiedene Waffengattungen, darunter Raketen-einheiten, Fliegerkräfte und funktechnische Truppen, teilgenommen. Modernste Flabraketenkomplexe, mit Raketen ausgerüstete Allwetterjäger, weitreichende Funkmeßstationen, Computer und andere Technik waren zum Einsatz gekommen. «Neues Deutschland», Ostberlin, 1. August 1968.

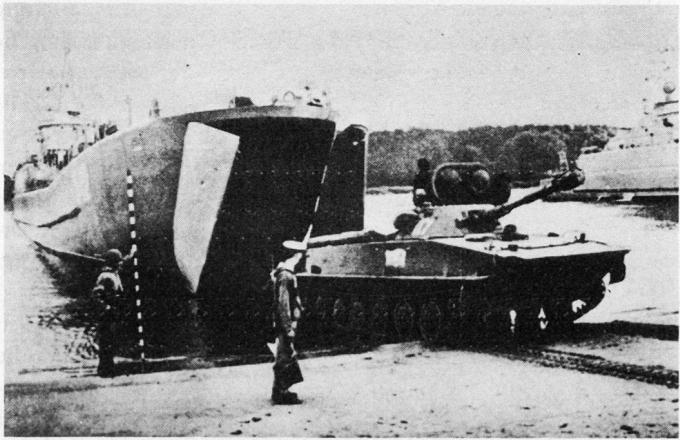


Bild 5. Gemeinsame Kommandostabsübung «Norden»: Panzer der sowjetischen Marineinfanterie verlassen Landungsschiffe der baltischen Rotbannerflotte. Zu den Elementen moderner Seekriegsführung, die bei der Übung geprobt wurden, gehörten großangelegte Landeoperationen, bei denen Marineinfanterie und motorisierte Schützenzüge mit Panzern, Schützenpanzerwagen und anderer Ausrüstung in Landungsschiffen herangeführt und am Ufer abgesetzt wurden.

4. Am 11. August begannen im südlichen Teil der DDR, in Polen und in der Ukraine Manöver von Nachrichteneinheiten der Sowjetarmee, der NVA und der polnischen Volksarmee<sup>22</sup>.

5. Am 15. August gab Radio Budapest bekannt, daß die ungarische Volksarmee mit den in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen gemeinsame Manöver veranstaltet.

Ungewöhnlich war neben anderen Umständen auch die Jahreszeit dieser Manöver. Die Ernte war voll im Gange. Die Einberufung von Reservisten und Requisitionen von Lastkraftwagen wie Personenwagen durften den Kolchosen und Sowchosen der betroffenen wichtigen Landwirtschaftszonen höchst umgelegen gekommen sein. Dies beweist erneut, daß die sowjetische Führung nach wie vor ökonomische Erfordernisse ihren militärpolitischen Erwägungen rigoros unterordnet. In Prag betrachtete man damals die Manöver an der gesamten Westgrenze der Sowjetunion als «nicht in erster Linie» gegen die CSSR gerichtet. «Nach ihrer Spannweite und ihrem Maßstab ist es eine der größten Übungen, die jemals in der Sowjetarmee durchgeführt wurden», betonte «Roter Stern» am 25. Juli. Sie sollen dem Zweck dienen, die Fähigkeit der Truppen zu Kampfhandlungen unter modernen Verhältnissen und zur Vernichtung eines starken, technisch ausgerüsteten Gegners zu prüfen. Den sowjetischen Berichten zufolge kam es offenbar bei den von langer Hand geplanten Manövern in erster Linie darauf an, die militärische Mobilisierung des Landes zu üben. Dies ließ sich auch aus Meldungen der sowjetischen Zeitungen kombinieren. Ein Dogma der NATO ist allerdings durch diese gigantischen Manöver ins Wanken geraten. Die Annahme, daß man es Wochen vorher wissen werde, wenn die Sowjetunion ihre Truppen zu einer Aggression gegen den freien Teil Europas formieren wird. Wie nun glänzend bewiesen wurde, kann die UdSSR in der Tat buchstäblich über Nacht eine beträchtliche Verstärkung ihrer Streitkräfte vollziehen, ohne daß die Nachrichtendienste der NATO etwas davon merken. In Wirklichkeit haben nicht etwa

<sup>22</sup> Wie aus dem Stab der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages bekannt wurde, beginnen am 11. August im Süden der DDR, in Polen und in den westlichen Gebieten der Ukrainischen SSR gemeinsame Übungen der Nachrichtentruppen. Bei den Übungen werden moderne technische Führungsmittel eingesetzt, welche den Kommandanten und Stäben gestatten, das Zusammenwirken und eine präzise Truppenführung bei der Erfüllung der Gefechtaufgaben unter komplizierten Lagebedingungen zu gewährleisten. «Neues Deutschland», Ostberlin, 11. August 1968.

diese, sondern lediglich die spärlichen Mitteilungen der sowjetischen Zeitungen über das unterrichtet, was in den westlichen Gebieten der UdSSR passierte. Die Truppen könnten mit erhöhter Schnelligkeit unter dem Tarnmantel einer Manöverübung nach Ostdeutschland befördert werden. Schneller auf jeden Fall, als die amerikanischen Truppen, die aus Europa abgezogen wurden, dorthin wieder durch «Big lift» zurückgebracht werden können. Mithin machen die sowjetischen Manöver klar, daß die NATO-Konzeption, die sich auf die Voraussetzung ziemlich langer Warnfristen gründet, auf falschen Informationen und politischem Wunschenken beruht. Außerdem ist evident geworden, daß über Nacht eine Konstellation entstehen kann, in der der Westen auf Grund militärisch vollendeter Tatsachen der Sowjets in entscheidenden politischen Fragen ebenso nachzugeben gezwungen sein wird, wie dies bei Dubcek der Fall war. Während sich in Schwarzau an der Theiß und in Preßburg die tschechoslowakischen Führer mit dem gesamten Politbüro der KPdSU um die kleine Freiheit feilschten, weiteten die Sowjets die Manöver der Warschauer-Pakt-Staaten in einen Aufmarsch gegen die Tschechoslowakei aus.

Die Sowjetarmee hatte Anfang August zur Durchführung der Interventionspläne ein komplettes militärisches Führungsnetz in die Tschechoslowakei infiltriert und Vorbereitungen zur Kontrolle der legalen tschechoslowakischen Nachrichtenmittel getroffen. Zur Ausführung dieser Pläne in der CSSR waren sowjetische Soldaten als Touristen verkleidet in allen möglichen öffentlichen Verkehrsmitteln, einschließlich Omnibussen und Linienmaschinen der «Aeroflot», in die CSSR eingeschmuggelt worden. Etwa 5000 sowjetische Personenautos vom Typ «Wolga» mit Polizeifunkgeräten von 100 km Sendeweite hatten die tschechoslowakischen Grenzen von verschiedenen Nachbarstaaten her überquert und bildeten die Basis des über die gesamte CSSR gebreiteten sowjetischen Befehlernetzes. Für die sowjetischen Manövertruppen in der CSSR wurde schon Anfang August die vielsagende Parole ausgegeben, «den Sozialismus überall zu verteidigen». Statt abzuziehen, verteilten sich diese Truppen in den böhmischen und mährischen Gebirgswäldern. Die tschechoslowakischen Stellen haben mehrere Angehörige des heimischen Abwehrdienstes entlassen, weil sie unzureichend über die sowjetischen Truppenbewegungen berichtet hatten. Mindestens vier starke sowjetische Rundfunksender waren aus der UdSSR in das Gebiet der CSSR eingeschleust worden. Sie hätten am Tag X sowohl sämtliche Sendungen des tschechoslowakischen Rundfunks stören als auch eigene Sendungen für die tschechoslowakische Bevölkerung ausstrahlen können. Der tschechoslowakische Geheimdienst schaltete den Sowjetempfänger, die von ihm ausgemacht wurden, sofort den Strom ab.

Das Oberkommando der Warschauer-Pakt-Streitkräfte wollte ganz auf Nummer Sicher gehen. Es sorgte noch im allerletzten Moment für ein Täuschungsmanöver. Auf Grund seiner Anweisung wurde eine Übung der tschechoslowakischen Volksarmee für den 21. und 22. August veranstaltet. Sie dürfte lediglich den Zweck gehabt haben, wesentliche Einheiten der tschechoslowakischen Streitkräfte in Gebieten zu konzentrieren, in denen sie dem Einmarsch nicht hinderlich sein würden, und den tschechoslowakischen Generalstab mit der Vorbereitung dieser Übungen abzulenken.

Nach diesen umfangreichen und präzisen Maßnahmen gibt uns schließlich der Reiseplan des sowjetischen Verteidigungsministers Gertschko ein Bild von den fieberhaften Vorbereitungen. Marschall Gertschko traf am 13. August in Begleitung des Polithauptverwaltungschefs der sowjetischen Streitkräfte, Armeegeneral Alexej Jepischew, bei der Gruppe der in der DDR

stationierten Truppen ein. Er führte dort Gespräche mit dem Oberkommandierenden der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, Marschall Iwan Jakubowski, und dem Befehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, Marschall Pjotr Koschewoi, sowie mit dem DDR-Verteidigungsminister, Armeegeneral Heinz Hoffmann, und dem Polithauptverwaltungschef der NVA, Admiral Waldemar Werner. Nach den Besprechungen besuchte Gretscko am 15. August die Nordgruppen der sowjetischen Streitkräfte unter General Iwan Schadow. Am nächsten Tag traf Gretscko in Südwestpolen ein, wo er mit dem polnischen Generalstabschef, Boleslaw Chocha, dem stellvertretenden Verteidigungsminister T. Tuszapski und dem ersten Stellvertreter des Leiters der zentralen politischen Abteilung der polnischen Volksarmee,

<sup>23</sup> Armeegeneral Schtemenko, 61, war seit 1943 Leiter der operativen Verwaltung des Generalstabes der Sowjetarmee, seit 1950 Generalstabschef und Inhaber anderer verantwortlicher Posten im sowjetischen Verteidigungsministerium. Er war nach dem Tode Stalins seines Postens als Generalstabschef enthoben und degradiert worden. Derzeit ist er erster

General J. Czapla, konferierte. An den Gesprächen nahm auch der neue Generalstabschef der Warschauer-Pakt-Truppen, General Sergei Schtemenko, teil, der bereits am 13. August mit Chocha im Manövergebiet zusammengetroffen war<sup>23</sup>. Die Besuche des sowjetischen Verteidigungsministers bezeichneten eine letzte persönliche Inspektion der Interventionstruppen. Nach dieser Rundreise des sowjetischen Verteidigungsministers gab «Roter Stern» bekannt, daß am 20. August die gemeinsamen Übungen der «Nachrichtentruppen» der UdSSR, der DDR und Polens abgeschlossen worden seien.

Fortsetzung folgt

stellvertretender Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte. Am 5. August trat laut TASS Armeegeneral Michail Iljitsch Kasakow aus Gesundheitsrücksichten auf eigenes Ersuchen als Stabschef der Streitkräfte des Warschauer Paktes zurück. Zu seinem Nachfolger wurde Armeegeneral Sergei Schtemenko ernannt.

## MITTEILUNGEN

### Aktion IKRK

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz kann seine anspruchsvolle, aber dankbare Aufgabe in Nigeria und Biafra nur dann erfüllen, wenn ihm geeignete Mitarbeiter zur Seite stehen. Daher suchen wir dringend *Stabsoffiziere* (aller Truppengattungen), die über ausgezeichnete Englischkenntnisse verfügen, gesund sind und die sich für etwa drei Monate frei machen können. Afrikaerfahrung ist selbstverständlich erwünscht, aber nicht Bedingung.

Nähtere Auskünfte erteilt gerne die Abteilung für Adjutantur, Sonnenbergstraße 17, 3000 Bern 25, Telephon (031) 673245 oder 673242.

### Sitzung des Zentralvorstandes der SOG vom 24./25. Januar 1969 in Lausanne

Der bisherige Redaktor Oberst iGst Mark wird für seine elfjährigen wertvollen Dienste als Redaktor der ASMZ gewürdigt und sein Nachfolger, Oberstlt iGst Schaufelberger, dem Zentralvorstand vorgestellt.

Die Besprechungen über die Ausbildungssprobleme umfaßten insbesondere den Wunsch nach einer klareren Trennung der Ausbildungsvorschriften in verbindliche und als Grundreglemente geltende Dienstvorschriften

und in ausgesprochene Anleitungen im Sinne von Ausbildungshilfen. Ferner wird angeregt, die Erfahrungen der Truppenkommandanten durch die Schaffung einer Dokumentationsstelle, die allfällige Erstellung eines Behelfs für Truppenkommandanten und durch den vermehrten Erfahrungsaustausch besser auszunützen. Fragen der Zielsetzung, der Bildung von Ausbildungsschwergewichten und der vermehrten Abgabe von Hilfsmitteln für die Ausbildung in den Wiederholungskursen wurden aufgeworfen. Dem Präsidenten der Ausbildungskommission wurde der Auftrag erteilt, ein Sofortprogramm auszuarbeiten, welches dem Chef des EMD vorgelegt werden und der Ausbildungskommission als Grundlage für die weiteren Arbeiten dienen soll.

Die SOG unterstützt und befürwortet die Förderung von Turnen und Sport unter Einbezug der Frauen und Mädchen und gibt einem Verfassungsartikel den Vorzug, der das Schwergewicht beim Bund sieht. Es wird ferner die Auffassung vertreten, daß die Belange des Turnens und des Sports dem Departement des Innern übertragen werden sollten.

Die bisherige Wehrsportkommission wird auf einen Beauftragten für Wehrsport reduziert, dessen Funktionen durch den bisherigen Kommissionspräsidenten, Oberst Nüseler, ausgeübt werden. Die Sektion Freiburg wird vom ZV mit der Durchführung des Nachtorientierungslaufes 1970 der SOG betraut. Eine

Intensivierung des Orientierungslaufes in der SOG wird angestrebt.

Den persönlichen Anstrengungen von Oberst Pettpierre ist es zu verdanken, daß die «Revue Militaire Suisse» erhalten und in den Besitz einer Vereinigung für die RMS übergeleitet werden konnte. Der ZV stimmte den entsprechenden Statuten zu.

Als neuer Präsident der Kommission für außerdienstliche Tätigkeit wird Oberst Treichler, Zürich, gewählt.

Der ZV nahm mit Interesse von der Tätigkeit der Kommissionen der SOG Kenntnis, wobei die wesentlichen Verbesserungen der verschiedenen Kontakte durch die Pressekommision hervorzuheben sind.

Betrüglich ist noch einmal die Feststellung, daß die Zahl der Abonnenten der ASMZ kaum wesentlich über 6000 zu steigen vermag – sie ist Ende 1968 sogar erstmals unter diese Zahl gesunken. Da von einem Obligatorium des Abonnements für die Mitglieder der SOG abgesehen wird, ist unser offizielles Organ auf die tatkräftige Werbung in den Sektionen der SOG angewiesen. Aber auch die Truppenkommandanten müssen vermehrt auf die Bedeutung der außerdienstlichen Weiterbildung ihrer Offiziere hinweisen, die in unserer Milizarmee geradezu eine Voraussetzung darstellt. Für das Jahr 1969 sind zwei Präsidentenkonferenzen vorgesehen: eine ordentliche im Juni und eine außerordentliche im Spätherbst. Wa-

*Der Krieg wird ein immer furchterliches Unternehmen materieller Art. Was helfen da die Felsen unserer Berge? Wie dem auch sei, die Maschine wird auch die schrecklichsten Angriffs- und Verteidigungswaffen nie allein zum Einsatz bringen können. Der Mensch aus Fleisch und Blut und sein persönlicher Wert werden immer die Hauptsache bleiben – aber ein Mensch, der zum Soldaten erzogen und Träger einer militärischen Tradition ist, ein Mensch, der durch den Eid gebunden ist und einer Lösung treu bleibt.*

General Henri Guisan